

**Protokoll:**

Rm Probst (CDU) geht davon aus, der Antrag sei ausreichend begründet und die meisten, die sicherlich im Besitz eines Smartphones, Laptops oder iPads seien, wüssten die Vorteile zu schätzen, wenn man ein freies WLAN in der Gegend finde. Die Deutsche Bahn mache dies schon lange vor. Jeder, der ICE fahre, könne in den Zügen ein freies WLAN nutzen. Andere Institutionen wie Hotels, Gastronomen etc. würden ebenfalls diesen Service bieten. Sie frage sich, warum man dies nicht auch die Stadt Koblenz tun solle an öffentlichen Plätzen oder in den Gebäuden. Man wisse um die rechtlichen Bedenken des BGH hinsichtlich der Verantwortung von herunter geladenen Dateien. Sie denke, auch da werde sich auf Grund des Konzeptes eine Lösung finden. Insbesondere im Hinblick auf die von der Koblenz-Touristik auch angedachten Informationspunkte, die es bald in der Stadt geben solle, wären die Hotspots vielleicht auch über Bluetooth damit zu verbinden. Die CDU-Fraktion freue sich auf ein konstruktives Konzept, das die Verwaltung vorlegen werde, und auf eine baldige Zielerreichung, dass alle gemeinsam frei und unbedenklich das WLAN in der Stadt Koblenz nutzen könnten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet den Antragsteller um folgende Modifizierung des Antrags: „Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ...“. Das Anliegen des Antrages sei in der Sache wünschenswert, aber in der Realisierung nicht so einfach, wie man es beschließen wolle. Die Verwaltung habe sich kürzlich auf Antrag der FDP-Fraktion im Ältestenrat mit einem Detailproblem in diesem Komplex zu beschäftigen gehabt, nämlich als es nur um die WLAN-Verbindung innerhalb des Rathauses gegangen sei. In dem Zusammenhang sei man zu dem Ergebnis gelangt, dass dieses zu gewährleisten erhebliche Kostenfolgen und möglicherweise sogar Umbaumaßnahmen nach sich ziehe. Es sei jedenfalls nicht so leicht, auch wenn niemand in Zweifel ziehe, dass es wünschenswert wäre. Wenn der Antragsteller bereit sei, zu akzeptieren, es als qualifizierte Prüfbitte umzuwandeln, habe er damit kein Problem.

Der Antragsteller stimmt dieser Modifizierung des Antrages zu.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann merkt an, die Formulierung „... das Konzept sollte den Anspruch haben ...“ sei ihrer Fraktion zu schwierig in der späteren Auslegung. Die SPD-Fraktion begrüße diesen Antrag. Aber man stelle den Änderungsantrag, den letzten Satz des Beschlusstextes wie folgt zu formulieren: „Das Konzept soll ohne öffentliche Zuschüsse das Angebot sicherstellen.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt nach Zustimmung des Antragstellers den zuvor geänderten Beschlusstext mit folgender Formulierung zur Abstimmung:  
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, im Sinne der Marke "IT-Stadt Koblenz" ein Konzept zu entwickeln, um den Besuchern und Bürgern spätestens ab Beginn 2011 an den öffentlichen und angenommenen Verweil-Plätzen der Innenstadt sowie innerhalb öffentlicher Gebäude, wie z.B. Bürgerzentrum, Rathaus, Bauinfozentrum, ein kostenloses WLAN zur Verfügung zu stellen. In einem zweiten Schritt wäre dann die Versorgung der städtischen weiterführenden Schulen und der VHS-Einrichtungen zu prüfen. Das Konzept soll ohne öffentliche Zuschüsse das Angebot sicherstellen.“